

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 88/89
Telex: 08 88 846-46 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB sieht in
den Arbeitsmarktdaten
noch keine Tendenzwende.

Seite 1-3

Marie Schlei MdB würdigt
die Haltung Kreiskys in
der DDR.

Seite 4/5

Erwin Horn MdB begrüßt
die abwartende Haltung
Carters zur Neutronen-
waffe.

Seite 6

Karsten Voigt MdB be-
zeichnet die Kritik des
Russell-Tribunals als
überspitzt.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 65

5. April 1978

Im März nur saisonale Besserungen

An der Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nichts
geändert

Von Egon Lutz MdB
Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"
der SPD-Bundestagsfraktion

125.000 Arbeitslose weniger, das hört sich gut an. Aber schon Präsident Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit konnte bei der Zelebration der März-Daten des Arbeitsmarktes nicht umhin, den ausschließlich saisonalen Charakter dieses Rückgangs an Arbeitslosigkeit festzustellen. Wenn die März-Winde wehen, kommt immer etwas Bewegung in die Statistik. Sieht man die Entwicklung über die Jahre hinweg, dann kann man nur mit großem Bedauern feststellen, daß sich am Umfang der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik im Grunde nichts geändert hat.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die einzelnen Daten des Arbeitsmarkts durchforstet. 1.099.000 Arbeitslose wurden im März gezählt. Die neue Arbeitslosenquote liegt bei 4,9 Prozent. Einen Zehntelpunkt noch über der des Vorjahres. Erfreulicherweise hat die gemeldete Zahl der arbeitslosen Jugendlichen die Hunderttausender-Grenze deutlich unterschritten, sie liegt jetzt bei 92.000. Die Arbeitslosenquote mit derzeit 4,3 vH signalisiert, daß Jugendarbeitslosigkeit einen geringeren Umfang als die Gesamtarbeitslosigkeit hat. Die geschlechtsspezifischen Sonderbewegungen im März ergeben, auch das ist nicht untypisch, das vom Abschmelzen der Arbeitslosenzahlen die Männer begünstigt werden. 63.000 weniger als im Vormonat, insgesamt 585.000 stellungsuchende Männer wurden registriert. 22.000 weniger arbeitslose Frauen als noch im Februar finden sich in den Karteien der Arbeitsämter, insgesamt sind es 514.000 im März gewesen.

Selbst die Schwerbehinderten bekamen ein kleines März-Lüftchen mit. Die Bundesanstalt verzeichnet einen Rückgang

von 700, es verbleiben 45.600. Das bei einer steigenden Zahl der anerkannten Schwerbehinderten, die eher ein Anwachsen der Position in der Statistik bedingen müßte. Sehr bemerkenswert ist die Entwicklung auf dem Ausländersektor. Mit 114.000 Stellungsuchenden (5.000 weniger als im Vormonat), auch hier eine saisonale Besserung. Vergleicht man die Zahl jedoch mit dem März 1977, dann sind 11.000 Ausländer mehr stellungslos. Forscht man nach den Gründen, stellt man fest, daß durch das Hereinwachsen der Kinder von Ausländern in das Erwerbsleben auch auf dieser Seite das Angebot an Arbeitskräften spürbar steigt.

190.700 Teilzeitarbeitslose wurden im März gezählt, davon allein 180.500 Teilzeitarbeit suchende Frauen. Der Teilzeitarbeitsmarkt bleibt unverändert trostlos.

Die Saisoneinflüsse spiegeln sich auch in den beruflichen und regionalen Teilzeitarbeitsmärkten wider. Die Zahl der Arbeitslosen in den Metall- und Elektroberufen ging um 3,4 Prozent auf nunmehr 165.600 zurück, liegt aber noch um 10.700 über den Werten des März 1977. 75.300 arbeitslose Bauarbeiter wurden gezählt. Das sind 29.000 weniger als im Vormonat. Mit einem Rückgang um 27,8 Prozent werden hier die Saisoneinflüsse am deutlichsten. Genugtuung könnte auf den ersten Blick die Situation in den Büro- und Verwaltungsberufen auslösen. 241.300, also 10.300 weniger als im Vormonat, wurden als Stellungsuchende registriert, das wären gegenüber dem Vorjahr sogar 20.500 weniger. Allerdings muß man beachten, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in diesem Sektor besonders deutlich wirken. 15.300 Angestellte sind zur Zeit in ABM-Maßnahmen tätig. Die Bundesregierung kann sich in ihrem Kurs bestätigt fühlen, durch Förderung arbeitsbeschaffender Maßnahmen vielen Angestellten das Los der Arbeitslosigkeit zu ersparen. Eine Lösung auf Dauer ist das indes nicht. Gerade im tertiären Bereich muß das originäre Angebot an Arbeitsplätzen größer werden. Das bleibt die ständige Herausforderung an alle öffentlichen Beschäftiger in Bund, Länder und Gemeinden.

25.000 weniger Kurzarbeiter, insgesamt 225.600, wurden im März unterstützt. Hier läßt der April eine kräftige Tendenzwende zum Schlechteren erwarten. Die

Zahl der Anmeldungen von Kurzarbeit ist als Folge der Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie beträchtlich angewachsen.

Auf dem Arbeitsmarkt blieb im Grunde alles beim unerfreulich Gewohnten. Konjunkturelle Besserungen stehen nicht ins Haus, bei den derzeit diskutierten Wachstumsraten für 1978 ist eine Verstetigung der Dauerarbeitslosigkeit die unausweichliche Folge. Wer Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen will, der muß in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation noch mehr Gewicht als bisher auf arbeitszeitverkürzende Maßnahmen legen. Das 10. Pflichtbildungsjahr muß so schnell wie möglich in allen Bundesländern eingeführt werden. Bei den Tarifabschlüssen sollten arbeitszeitverkürzende Elemente noch mehr Priorität erlangen. Die Zeit ist überreif, die aus dem Jahre 1936 stammende Arbeitszeitordnung durch ein Arbeitszeitgesetz zu ersetzen, das dem Überstundenunwesen bei anhaltender Unterbeschäftigung einen deutlichen Riegel vorschiebt. Der Bundesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen war gut beraten, auf seiner jüngsten Sitzung hierauf besonderes Schwergewicht zu legen und die Bundesregierung zu bitten, sobald wie möglich initiativ zu werden.

Die Dauerarbeitslosigkeit hat einen hohen individuellen, aber einen nicht minder gewichtigen hohen gesellschaftspolitischen Preis. Wir zahlen ihn jetzt schon durch eine unerträgliche Verschlechterung des sozialen Klimas in den Betrieben und durch eine spürbare Verhärtung der Auseinandersetzungen unter den Sozialpartnern. Man muß kein Prophet sein, um zu befürchten, daß an dieser Schraube weiter gedreht wird, je länger Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung bleibt.

(-/5.4.1978/ks/10)

+ + +

Die DDR nicht zum Hackblock der Menschenrechtskampagne machen

Zum Ost-Berlin-Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

Ohne Zweifel war der Besuch von Bundeskanzler Bruno Kreisky in der Deutschen Demokratischen Republik beispielhaft für den besonderen Stil in der Gestaltung des Zusammenlebens unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und beispielgebend auch für andere Staatsmänner Westeuropas.

Bruno Kreisky war einer der ersten Politiker, der mutig und entschlossen den vor acht Jahren erst noch in Ansätzen keimenden Entspannungsprozeß förderte. Zur Wahrung und Anerkennung der Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität Österreichs suchte und gestaltete er Ausgleich, Entspannung und friedfertige Beziehungen mit den Nachbarn seines Volkes. In der Erkenntnis, daß nur die gegenseitige Respektierung der Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme den aus ihnen entspringenden sozialen, politischen und ideologischen Gegensätzen ihren Konfliktcharakter nehmen und dem Frieden eine feste Grundlage geben kann, begann Bruno Kreisky das Verhältnis seines Landes zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und zur DDR zu entwickeln.

Der erste Staatsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik galt nicht allein der Förderung der Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik. Bundeskanzler Kreisky suchte nicht allein neue Formen im bilateralen Verhältnis. Österreich erfüllt durch die Intensivierung seiner Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, durch Erweiterung der wirtschaftlichen, kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit auch die Forderung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sowie der Folgekonferenz

in Belgrad, die bilateralen Beziehungen in der Zeit zwischen den Konferenzen verstärkt auszugestalten.

Bruno Kreisky nahm für sich das Recht in Anspruch, im Interesse aller Europäer von seiner Sorge um die Zukunft unseres Kontinents zu sprechen: "Dort, wo in Europa die Territorien der beiden deutschen Staaten einander berühren, dort wird in erster Linie über die Zukunft der Entspannungspolitik entschieden." Demgemäß, so der österreichische Bundeskanzler, hänge das Schicksal der Entspannung in Europa vom Verhältnis der beiden deutschen Staaten ab.

Wir sind Bruno Kreisky dankbar, in Anwesenheit des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in den richtigen Zusammenhang gestellt und auf die Rolle und Verantwortung der beiden deutschen Regierungen hingewiesen zu haben.

Bundeskanzler Bruno Kreisky trat dabei weder als Advokat deutscher Interessen auf, noch gefiel ihm die von der CDU/CSU-Opposition zugedachte Rolle eines Vertreters einer der deutschen Stämme. Bruno Kreisky wäre der letzte, der sich anhalten ließe, in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates reinzureden. Kreisky hat noch nie der ihm eigentümliche Mut verlassen, für die Unterdrückten in der Welt seine Stimme zu erheben. Ihn mit Stellungnahmen über die inneren Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu desavouieren, wäre für Bruno Kreisky der Anfang vom Ende der Solidarität mit den Menschen.

Wenn sich die Union so verhielte, anstatt die Deutsche Demokratische Republik ständig zum Hackblock ihrer Menschenrechtskampagne zu machen, könnten wir der Schlußakte von Helsinki in all ihren Teilen in beiden deutschen Staaten zu mehr Wirklichkeit verhelfen.

Einen positiven Schritt in diese Richtung getan zu haben, ist das Verdienst von Bundeskanzler Bruno Kreisky.

(-/5.4.1978/ks/10)

+ + +

Nasenstüber für Übereifrige

Carters abwartende Haltung zur Neutronenwaffe ist zu begrüßen

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die absehbare Entscheidung von Präsident Carter, vorläufig keine Entscheidung zur Herstellung der Neutronenwaffe zu treffen, ist zu begrüßen. Damit wird ersichtlich, daß für den amerikanischen Präsidenten die Entspannungspolitik unter den Bedingungen einer gesicherten Verteidigungspolitik Vorrang hat. Die Rede des amerikanischen Leiters bei den SALT-Verhandlungen, Warnke, vor einigen Tagen in der Columbia-Universität in New York, mußte als deutliches Zeichen verstanden werden. Nicht nur der hohe Einigungsgrad, sondern vor allem der Hinweis darauf, daß auch neue Waffentechnologien und Systeme in die Verhandlungen einbezogen wurden, ist bedeutsam. Vor die Alternative gestellt, einem unkontrollierten Rüstungsautomatismus nachzugeben oder die einzig mögliche Politik mit der Perspektive auf Entspannung und Friedenserhaltung, wenn auch mühsam und zäh, zu verfolgen, ist die voraussichtliche Entscheidung logisch und überzeugend.

Wenn der Westen nicht gezwungen werden soll, diese Position zu überdenken und zu verändern, dann müssen die Sowjets über verbale Bekenntnisse hinaus konkrete Schritte zur Eindämmung der Rüstung auch im konventionellen Bereich unternehmen.

Die Koalition kommt über die Frage der Neutronenwaffe in keine Schwierigkeiten. Zurückhaltung, Koordinierung und sachliche Absprachen sind eher geboten als emotionales Vorpreschen.

Übereifrige haben zu Recht einen Nasenstüber bekommen: Die CDU/CSU bringt sich durch ihr ungestümes Feldgeschrei nach der Neutronenwaffe zunehmend auch auf diesem Gebiet in die außenpolitische Isolierung - und dies nicht nur bei unseren europäischen Verbündeten, sondern auch, wie es sich immer stärker abzeichnet, bei den Vereinigten Staaten.

(-/5.4.1978/ks/10)

Gegen einseitige und überspitzte Beschreibungen

Zum Zwischenbericht des Frankfurter Russell-Tribunals

Von Karsten Voigt MdB

Stellvertretender SPD-Obmann des Auswärtigen Bundestagsausschusses

Das internationale Russell-Tribunal hat seine erste Sitzungsperiode in Frankfurt/Harheim abgeschlossen und einen ersten Bericht seiner Jury der Öffentlichkeit vorgelegt. In ihm wird - so wörtlich - in der "Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenrechte" in der Bundesrepublik gesehen. Zu diesem Ergebnis des Berichtes - den Anspruch ein "Urteil" fällen zu können, hatten die Juroren inzwischen aufgrund eigener Einsicht fallengelassen - war die internationale Jury aufgrund von Berichten über Nichteinstellungen in den öffentlichen Dienst gekommen, die jedem Interessierten auch bereits vor dem Russell-Tribunal bekannt sein konnten.

Die erste Sitzungsperiode des Russell-Tribunals hat deshalb auch keine neuen Erkenntnisse vermittelt und keine zusätzlichen Beurteilungsmaßstäbe für Sozialdemokraten geschaffen.

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten auf ihren Parteitag wiederholt scharfe Kritik an der Einstellungspraxis gegenüber Radikalen im öffentlichen Dienst und der Art ihrer vorherigen Überprüfung durch den Verfassungsschutz geäußert haben. Es ist auch bekannt, daß eine gesetzliche Regelung in diesem Sinne an der CDU/CSU vorläufig gescheitert ist. Mit Nachdruck hat der Bundestag der SPD aber für die Sozialdemokraten in Bund und Ländern eine freiheitliche und rechtsstaatliche Verfahrensweise gefordert. Wo diese nicht gewährleistet ist - und das ist insbesondere in CDU/CSU-regierten Ländern der Fall -, sind Sozialdemokraten unter den ersten, die hiergegen protestieren.

Diesem Ziel dient auch der Kongreß "Verteidigt die Republik" am 15. und 16. April in Hannover, zu dem namhafte Schriftsteller, Publizisten und Wissenschaftler aufgerufen haben. Dem gleichen Ziel dient die neu ins Leben gerufene "Gustav-Heinemann-Initiative" und die von den Jungsozialisten gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen geplante "Bürgerbewegung zur Verteidigung demokratischer Rechte".

Die Sozialdemokraten verstehen sich als Kern der geistigen und sozialen Freiheitsbewegung in der Bundesrepublik. Deshalb setzen sie sich gegen Duckmäusertum und eine schleichende Aushöhlung unserer Freiheitsrechte ein. Aus diesem Grunde halten sie die einseitige, oder überspitzte Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Bundesrepublik durch das Russell-Tribunal für einen politischen Fehlgrieff. Aus diesem Grunde aber wenden sie sich trotz scharfer Kritik am Russell-Tribunal gegen eine bürokratische Behinderung oder Verhinderung dieses Tribunals, wie sie zeitweilig wohl von einigen Bürokraten erwogen worden ist.

Es hat sich gezeigt, daß eine kritische Beurteilung des Russell-Tribunals, die auf bürokratische Gegenmaßnahmen verzichtet und von dem Geist der Freiheitlichkeit und der Bereitschaft zur Selbstkritik geprägt ist, ein differenziertes und grundsätzlich positives Urteil im In- und Ausland über die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland begünstigt. (-/5.4.1978/ks/lo)